

## **Beitrag zur Enquete-Kommission 5/1 am 16. Dezember 2015 im Landtag Brandenburg, Ulrike Poppe**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen! Die Enquete-Kommission 5/1 hatte sich damit befasst, wie das Land Brandenburg im Zuge der Transformation mit den Hinterlassenschaften der DDR-Diktatur umgegangen ist, mit den materiellen, den strukturellen wie auch geistigen und mentalen Folgen. Aus den erarbeiteten Analysen sind Erfolge und Defizite benannt worden, die als handlungsleitend für die Politik anerkannt wurden. Aufarbeitung ist bekanntlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, aber die Politik kann Weichen stellen und Rahmenbedingungen schaffen. Da meine Behörde sowohl mit politisch Verantwortlichen als auch mit gesellschaftlichen Akteuren in Bezug auf die Aufarbeitung zusammenarbeitet, tangieren die Themen der Großen Anfrage der CDU-Fraktion und die Antworten der Landesregierung auch unmittelbar mein Arbeitsfeld.

Die Fragen zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen bieten Anlass, Bilanz zu ziehen darüber, was seitens der Politik in den letzten Jahren unternommen wurde, um die Folgen der SED-Diktatur zu bewältigen, die zeitgeschichtliche Aufarbeitung zu fördern und die Erinnerungskultur zu stärken. In wieweit erinnerungskulturelle Konzepte greifen und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gelingt, hängt wesentlich davon ab, wie zivilgesellschaftliche Initiativen, Gedenkstätten und Museen, Stiftungen und Forschungsinstitutionen, Kommunen und Einrichtungen des Landes und des Bundes zusammenwirken.

Viele Gedenkort werden vor allem durch ehrenamtliches Engagement erhalten. Jamlitz, Mühlberg und Ketschendorf sind Gedenkort, die an die ehemaligen sowjetischen Internierungslager erinnern und auf Bestreben der Überlebenden dieser Lager, ihrer Angehörigen und einzelner Bürger vor Ort entstanden waren. Die meist Anfang der 90er Jahre gebildeten Initiativgruppen oder Lagerarbeitsgemeinschaften arbeiten an diesen Orten selbstständig und auch selbstbestimmt. Die Arbeit wird projektbezogen von der Bundesstiftung Aufarbeitung und auch der Landesregierung unterstützt. Allerdings befinden wir uns in einer Umbruchphase. Die ehemaligen Lagerinsassen sind inzwischen sehr alt. Immer weniger von ihnen sind in der Lage, sich um die Erhaltung der Gedenkort und die Organisation der dort stattfindenden Veranstaltungen, den jährlichen Häftlingstreffen und politischen Bildungsveranstaltungen zu kümmern. Ein Teil der bisher ehrenamtlich geleisteten Arbeit müsste also in Zukunft durch bezahlte Kräfte ersetzt werden. Dazu bedarf es einer Grundsicherung. Für das nächste Jahr haben wir uns mit der Stiftung Aufarbeitung auf eine Teilung der Kosten geeinigt, die wir aus unseren Fördermitteln schöpfen. Für die kommenden Jahre aber reichen unsere Mittel dafür nicht aus. Deshalb möchte ich anregen, für die genannten Gedenkort eine Grundsicherung als Haushaltstitel einzurichten, damit der Hauptteil unserer Fördermittel weiterhin auch anderen Opferverbänden und Aufarbeitungsvereinen zugutekommen kann.

Dass wir nun aber über solche Fördermittel verfügen, ist von großer Bedeutung zur Stabilisierung der für die öffentliche Auseinandersetzung mit der Diktatur und ihren Folgen wichtigen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Sie werden damit in ihren Aktivitäten zur Selbsthilfe, zur Bildungsarbeit und in ihren Beiträgen zur Erinnerungskultur in Brandenburg, gestärkt und gewürdigt. Unser Bundesland ist reich an historischen Orten. Viele davon haben eine doppelte Diktaturvergangenheit. Auch wenn die Landesregierung sich erklärtermaßen den Opfern beider unterschiedlicher Diktaturen verpflichtet sieht – und dies auch, meiner Wahrnehmung nach unter Beweis gestellt hat – so ist es noch nicht gelungen, die Konflikte zwischen den Opfergruppen aus der NS-Zeit und der SBZ/DDR abzubauen. Bereits im Konzept zur Erinnerungskultur von 2009 „Geschichte vor Ort“ hieß es: „Die Kooperationen zwischen den „Aufarbeitungsgemeinschaften“ zum Nationalsozialismus und der SBZ/DDR seien entsprechend den inhaltlichen Erfordernissen anzustreben und zu unterstützen“. Aber tatsächlich halten die „Opferkonkurrenzen“ bis heute an – bekanntlich nicht nur in Brandenburg –

In der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten besteht der Beirat aus zwei getrennt voneinander tagenden Arbeitsgruppen, für die Zeiten vor und nach 1945. Die Arbeitsgruppe für die Zeit nach 1945 fühlt sich ungenügend in die Gedenkstättenarbeit einbezogen, ihre Vorschläge werden wenig berücksichtigt und die sogenannte Zone II, in der sich ein Teil des ehemaligen Speziallagers befand und das dazu gehörige Museum, finden in der täglichen Bildungsarbeit noch zu wenig Beachtung. Ich möchte anregen, dass die Brandenburgische Gedenkstättenstiftung versuchen sollte, jeder Art von Opferhierarchisierungen entgegen zu wirken und dass sie dazu beiträgt, diese Konflikte abzubauen. Dazu gehört auch, die Kontroversen über die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft durch empirisch gesicherte Fakten zu versachlichen.

Mit dem Empfang für die Überlebenden der sowjetischen Speziallager und SMT- Verurteilten durch den Ministerpräsidenten im Juli diesen Jahres in Potsdam, ist eine seit Jahrzehnten misstrauisch betrachtete und zu Unrecht als nationalsozialistische Täter verunglimpfte Gruppe öffentlich für das ihr zugefügte Unrecht rehabilitiert worden. Das ist von den Betroffenen mit großer Genugtuung und Dankbarkeit aufgenommen worden. Die Großzügigkeit und Empathie, mit der die Landesregierung diesen Menschen gegenübertrat, wurde als Würdigung ihres Schicksals verstanden. Auch mit den jährlichen Treffen des Ministerpräsidenten und Mitarbeitern der Landesregierung mit Vertretern der Opferverbände ist eine neue Kultur des Umgangs mit den Opfern der SED-Diktatur begründet worden. Die Betroffenen konnten ihre Anliegen vorbringen und verschiedene Auffassungen diskutieren. Die Politik bekundet damit, dass sie die immer noch andauernde gesellschaftliche Benachteiligung derer, die sich dem SED-Regime widersetzt haben, ernst nimmt und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen sucht. Sie lässt den Willen erkennen, nicht nach Gutsherrenart, nicht beschränkt auf Mitleidsbekundungen und Almosen, sondern im Kontakt mit den Verbänden und Vereinen die Erinnerungskultur zu fördern. Das sollte unbedingt fortgesetzt werden.

Die Gedenkstätte im Menschenrechtszentrum Cottbus wird von einem Verein ehemaliger politischer Häftlinge des Gefängnisses Cottbus betrieben. Diese haben ihre Arbeit auch in den eigenen Händen, kommen selbst zu Wort. Es ist gut, dass das Land den Verein großzügig unterstützt und auch weiterhin unterstützen will.

Für viele in der DDR aus politischen Gründen Diffamierte, Diskriminierte, Verfolgte und Inhaftierte gilt noch heute, dass sie eine schwächere soziale Stellung haben als andere, die sich angepasst und das System unterstützt hatten. Wir können heute das systembedingte Unrecht nicht ungeschehen machen. Doch sollten die Betroffenen erfahren, dass ihr Leid in unserer Gesellschaft anerkannt wird. Die wichtigste Form der Anerkennung besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Benachteiligungen nicht fortwirken. Gerade in einer Zeit, in der einerseits das wirtschaftliche Wachstum den Wohlstand in unserer Gesellschaft vermehrt und wir andererseits mit den vor Krieg und Diktaturen in anderen Ländern zu uns Flüchtenden vor neuen Aufgaben stehen, sollten die Verfolgten der kommunistischen Diktatur nicht vergessen werden. Ihnen sollte die gesellschaftliche Teilhabe und eine akzeptable Lebensqualität ermöglicht werden. Ihre Lebenserfahrungen können für die Bildungsarbeit genutzt werden, und damit dazu beitragen, menschenrechtliches Bewusstsein zu schärfen.

Die Einrichtung des von Ihnen, in diesem Jahr beschlossenen Härtefallfonds, ist abgesehen von den dadurch möglichen konkreten Hilfen, von hohem Symbolwert. Mit der Bereitstellung von Steuermitteln für Opfer der SED-Diktatur, die sich in Notlagen befinden, wird ausgedrückt, dass sich das Land Brandenburg diesen Menschen in besonderer Weise verpflichtet sieht. Nach ersten Erfahrungen mit entsprechenden Anträgen möchte ich anregen, im nächsten Haushalt den Härtefallfonds von 30.000 Euro auf z.B. 50.000 Euro aufzustocken.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich den Handlungsbedarf hinsichtlich der Folgen nicht rechtskonform abgelaufener LPG-Umwandlungen. Ebenso sollten die Bemühungen der Landesregierung fortgesetzt werden, für die Grundstücke aus Bodenreformland Erben zu ermitteln. In der Enquetekommission ist auch umfangreich darüber diskutiert worden, wie junge Menschen für die Vergangenheit interessiert werden können. Dies ist auch einer der Schwerpunkte meiner Arbeit als Landesbeauftragte, wie geschichtliches Wissen an die nachfolgenden Generationen weitergegeben wird. Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen den kritischen Umgang mit verschiedenen Quellen lernen, um sich daraus ein selbständiges Urteil über die Geschichte zu bilden. Die Fähigkeit zum eigenständigen Urteil, das „Denken ohne Geländer“ – wie Hannah Arendt es formulierte – gehört zum vorrangigen Lernziel, das mündige Bürgern hervorbringt und zur Demokratie befähigt. Wir sehen unsere Aufgabe darin, Pädagogen zu bestärken und zu ermutigen, diese Themen in die Arbeit mit den Schülern oder bei Freizeitangeboten einzubringen. Wir versuchen dies insbesondere durch Fortbildungsveranstalten, die meist gut angenommen werden und die wir immer in Kooperation mit regionalen Partnern durchführen. Dabei sind die Gedenkstättenlehrer eine wichtige Brücke und ich möchte mich hier ausdrücklich für ihren Erhalt auch über die laufende Haushaltsperiode hinaus einsetzen.

Im Schulbereich gibt es eine Reihe engagierter Lehrerinnen und Lehrer, teils ehemalige Fachberater, die die mit Engagement und Fantasie zeithistorische Bildung stärken. Sie und die Gedenkstättenlehrer sind die regionalen Anker, die gewährleisten, dass junge Menschen an diese Themen herangeführt werden. Allerdings ziehen nicht alle Schulen gleichermaßen mit und hier gibt es auch für die Landesregierung noch einiges zu tun. Schon bei den jungen zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern sollte in der Ausbildung der Blick auf die jüngste deutsche Geschichte geschärft werden. Sehr bewährt hat sich die Einbeziehung von Zeitzeugen in den Unterricht. Auch hier spielen die Gedenkstättenlehrer als Ansprechpartner für die Zeitzeugen und Vermittler an die Schulen eine herausragende Rolle.

Wir alle wissen, dass die Zeitläufte voran schreiten und die Zeitzeugen der NS-Zeit, aber auch der frühen Nachkriegsjahre immer weniger werden. Insofern gilt es, neue Formen der Erinnerungsweitergabe zu finden. Wir bauen deshalb zur Zeit, gefördert aus Mitteln des Mauerfonds, ein Zeitzeugenportal für das Land Brandenburg auf, in dem die Erinnerungen der ältesten Bürgerinnen und Bürger aufbewahrt und der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht werden sollen.

Meine Damen und Herren,

Aufarbeitung ist bleibende Aufgabe, in all ihrer Komplexität: Gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Herrschaftsmechanismen und Widerstand, mit Diktaturfolgen. Aufarbeitung ist Forschung und Bildung, ist Erinnerungskultur und die Erhaltung von Zeugnissen aus der Vergangenheit. Sie ist nicht nur geschichtswissenschaftlicher, sondern auch politisch-moralischer Diskurs und daraus erwachsen Legitimation und Identität der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung. Unter Bezug auf die Vergangenheit entwickelt sich unser politisch-kulturelles Selbstverständnis. Darin liegt der Sinn, sich immer wieder aufs Neue offen und kritisch mit der Zeitgeschichte auseinanderzusetzen und aus der Unterscheidung von Recht und Unrecht Maßstäbe für künftige Politik abzuleiten.

Geschichte ist mehr als die Abfolge von Geschehnissen und vollzieht sich nicht als blindes Schicksal. Sie wird von Menschen gemacht, die von Interessen und Überzeugungen geleitet werden und Profiteure oder Opfer sind, Helfer der Mächtigen oder deren Gegner, Mitläufer oder Funktionäre, Duldende oder Widerständige.

Vor dem Hintergrund der Vergangenheit haben wir uns menschenrechtliche Maßstäbe entwickelt und die Erfahrungen der Vergangenheit, aber auch neu entstehende autoritäre Systeme zeigen uns, dass die zivilisatorische Basis mitunter schwächer als gedacht, zumindest doch auch fragil ist.